

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 28. März 1980

Blatt 828

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Dienstag kein Bürgermeister-Pressegespräch
(rosa) Medizinisch-wissenschaftlicher Fonds: Überreichung der
Förderungsmittel
Projektleiter für Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs
Wiens Spitalsversorgung weiter verbessert
Wiener Gemeinderat

Nur über FS: 28.3. Zwei Räuber in Stadtbahnzug

k o m m u n a l :

=====

dienstag kein buergermeister-pressegesprach

1 wien, 28.3. (rk) am kommenden dienstag, dem 1. april, findet keine sitzung des wiener stadtsenates und somit auch kein pressegesprach des buergermeisters statt. das naechste pressegesprach des buergermeisters ist fuer dienstag, den 8. april vorgesehen.

(st1)

0851

k o m m u n a l :

=====

medizinisch-wissenschaftlicher fonds:
ueberreichung der foerderungsmittel

2 wien, 28.3. (rk) im rathaus wurden am donnerstag abend die foerderungsmittel des medizinisch-wissenschaftlichen fonds des buergermeisters der bundeshauptstadt wien fuer das jahr 1979 ueberreicht. aufgabe des auf anregung von buergermeister leopold g r a t z 1978 geschaffenen fonds ist es, die wissenschaftliche taetigkeit und forschungsarbeit der wiener aerzte zu foerdern. insgesamt wurden foerderungsmittel in der hoehe von 9,1 millionen schilling fuer 23 medizinisch-wissenschaftliche projekte vergeben.

buergermeister gratz, der die uebergabe vornahm, unterstrich die notwendigkeit, die auf wissenschaftlichem gebiet vollbrachten leistungen von wiener aerzten zu erfassen, zu foerdern und zu dokumentieren. dies sei nunmehr durch den medizinisch-wissenschaftlichen fonds moeglich geworden.

fondspraesident gesundheitsstadtrat univ.prof.dr. alois s t a c h e r wies in seinen ausfuehrungen darauf hin, dass sich die gemeldeten antraege vor allem auf herz-, gefaess- und kreislauferkrankungen, sozialmedizinische und psychosoziale probleme in zusammenhang mit rehabilitation und fruehgeburten sowie auf dem gebiet der tumorforschung um probleme der nachsorge von karzinompatienten sowie auf stoffwechselekrankungen beziehen. die bewilligten antraege kommen sowohl von niedergelassenen aerzten als auch von aerzten privater und oeffentlicher spitaeler der stadt wien sowie universitaetskliniken. (zi)

0924

k o m m u n a l :

=====

projektsleiter fuer beschleunigung des oeffentlichen verkehrs

3 wien, 28.3. (rk) buergermeister leopold g r a t z hat stadtbaurat dipl.-ing. heinz l o e f f l e r zum projektsleiter fuer die rasche durchfuehrung von massnahmen zur beschleunigung des oeffentlichen verkehrs bestellt. ing. loeffler wird in dieser funktion unmittelbarer mitarbeiter von verkehrsstadtrat heinz n i t t e l sein.

buergermeister gratz uebergab freitag in gegenwart von stadtrat nittel und verkehrsbetriebe-chef dipl.-ing. arnulf m a i e r dem neuen projektsleiter sein ernennungsdekret. dabei unterstrich der buergermeister, dass mit dieser ernennung eine wichtige organisatorische voraussetzung fuer die rasche und konsequente realisierung der entscheidung erfolgt ist, die bei der volksbefragung zugunsten des oeffentlichen verkehrs getroffen wurde. (sti)

1010

k o m m u n a l :

=====

wiens spitalsversorgung weiter verbessert

5 wien, 28.3. (rk) wiens spitalsversorgung konnte seit 1975 durch gezielte massnahmen wesentlich verbessert werden. die bettenkapazitaet wurde verbessert, die spitalsaufenthalte wurden reduziert und das pflegepersonal vergroessert.

grundlage fuer alle massnahmen war, wie gesundheitsstadtrat univ. - prof. dr. alois stacher donnerstag im rahmen eines pressegespraches mitteilte, der am 31. jaenner 1975 im gemeinderat vorgelegte und einstimmig beschlossene "zielplan fuer die krankenvorsorgung und altenhilfe in wien".

stationaere krankenvorsorgung

die zahl der aufnahmen betrug im jahre 1975 200.439. 1979 wurden um 27.360 patienten, also um 13,65 prozent (gesamtzahl 227.799) mehr aufgenommen, als im jahr 1975. im gleichen zeitraum stieg die zahl der pflegetage von 2,976.831 auf 3,023.446.

dies stimmt mit den berechneten daten der verweildauer ueber- ein, denn diese verringerte sich von 1975 mit 14,9 tagen auf 13,2 tage im jahre 1979, das heisst also um 11,41 prozent. dabei ist zu bedenken, dass diese verweildauer fuer zentralkrankenhaeuser und schwerpunktkrankenhaeuser gilt, in die bis zu rund 20 prozent nicht-wiener-patienten, naturgemaess die schwierigsten und be- handlungsintensivsten kranken aus anderen bundeslaendern, einge- wiesen werden.

./.

vergleicht man die letzte zugaengliche gesamt-wiener-statistik vom jahre 1978, gab es in wien 1978 im durchschnitt aller spitaeler eine verweildauer von 12,73 tagen, waehrend beispielsweise in der steiermark, die ebenfalls ueber ein zentralkrankenhaus verfuegt, die verweildauer 16,77 tage betraegt, in tirol mit der universitaetsklinik 13 tage, aber in bundeslaendern ohne zentralkliniken, wie niederoesterreich 14,21 tage und salzburg 14,06 tage. nur kaernten und vorarlberg sind mit 12,47 tagen durchschnittlicher verweildauer im jahre 1978 ganz knapp unter der durchschnittlichen zahl von wien gewesen.

der systemisierte bettenstand der staedtischen krankenanstalten konnte, verglichen 1975 mit 1979, von 10.916 auf 10.471, somit um 475 betten (minus 4,07 prozent) verringert werden, obwohl mehr pflegetage geleistet wurden. dies ist vor allem darauf zurueckzufuehren, dass der jahresdurchschnitt der gesperrten betten um 11,15 prozent verringert werden konnte und es zu einer verbesserten nutzung der belegbaren betten um 3,75 prozent kam.

vergleicht man die einzelnen fachgebiete, so zeigt sich, dass die verweildauer mit ausnahme der neurochirurgie, der kieferchirurgie, der abteilung fuer entwicklungs-gestoerte kinder, der strahlentherapie und der neurologie auch in den einzelnen faechern zurueckgegangen ist. da wien sich bereit erklaert hat, patienten aus bundeslaendern, die im augenblick ueber keine strahlentherapie verfuegen, wie beispielsweise die steiermark, aufzunehmen, ist es bei vielen faellen nicht moeglich, die sonst bei wiener patienten uebliche ambulante behandlung durchzufuehren. patienten liegen daher mitunter unnoetig im spital, wodurch die verweildauer verlaengert wird. bei den chirurgischen abteilungen ist die verweildauer im durchschnitt von 13,7 auf 12,9 tage, bei den internen abteilungen jedoch sogar von 16,7 tagen auf 14,1 tage zurueckgegangen. dies beweist, dass die praestationaere und poststationaere therapie forciert wurden. dementsprechend ist auch die zahl der ambulanten patienten gestiegen: waehrend 1975 in den ambulanz der staedtischen spitaeler 1.015.595 patienten be-

handelt wurden, waren es 1979 1,805.484, was einer steigerung von 77,7 prozent entspricht. wurden 1975 4,219.930 untersuchungen und behandlungen durchgefuehrt, so waren es 1979 6,939.810, um 64 prozent mehr.

was das pflegepersonal betrifft, so konnte dieses laut stacher von 5.989 (1975) auf 6.693 (1979) pflegepersonen erhoert werden. daneben wurde auch die zahl der aerzte von 1.490 auf 1.747 erhoert, was vor allem auch auf die sonderaktion zur vermehrung der ausbildungsstellen zum praktischen arzt zurueckzufuehren ist.

krankenpflegesschulen und personalwohnhaeuser konnten ebenfalls gebaut beziehungsweise ausgebaut werden. gab es im schuljahr 1972/73 in ganz wien 565 schuelerinnen und schueler, so stieg diese zahl 1975/76 bereits auf 1.400 und 1979/80 auf 1.901.

gleichzeitig wurde auch der im zielplan geforderte ausbau und die verbesserung der wohneinheiten forciert. waehrend 1973 insgesamt 1.377 wohneinheiten und 500 schlafstellen zur verfuegung standen, waren es 1979 bereits 2.577 wohneinheiten und nur mehr 185 schlafstellen. 271 wohneinheiten stehen unmittelbar vor der fertigstellung beziehungsweise werden bereits eingerichtet und weitere 202 wohneinheiten sind noch in bau.

reorganisationsmassnahmen:

wiens krankenanstalten sind historisch gewachsen, was zu einem uebergewicht der spitalsbetten im westen und einem mangel im osten gefuehrt hat. abgesehen von der installierung verschiedener spezialabteilungen, wurde daher auch mit einer verbesserten medizinischen koordination begonnen. neben der einrichtung eines gefaesschirurgischen zentrums im krankenhaus lainz wurde unter anderem das krankenhaus gersthof in ein orthopaedisches krankenhaus umgewandelt, die neuerbaute krankenanstalt rudolfstiftung ihrer bestimmung uebergeben, und auf der baumgartner hoehe das pulmonologische zentrum geschaffen. durch finanzielle unterstuetzung der stadt wien wurde der bau des haematologisch-onkologischen zentrums

im hanusch-krankenhaus nicht nur ermoeeglicht, sondern auch allen wiener patienten ohne einschraenkung zugaenglich gemacht. 1975 wurde mit dem etappenweisen bau des sozialmedizinischen zentrums-ost und zwar im hinblick auf den personalmangel zuerst mit der krankenflegeschule und den schwesternwohnhaeusern, die bereits in betrieb beziehungsweise fertiggestellt sind, begonnen. derzeit wird das pflegeheim mit 404 betten gebaut und das raum- und funktionsprogramm des krankenhausteiles ist fertiggestellt. aufgrund der detailplanung kann voraussichtlich nach fertigstellung des pflegeheimes ende 1982 mit dem bau des krankenhauses begonnen werden. ueber initiative von stadtrat univ.-prof. dr. stacher wird dieses krankenhaus in form eines neuartigen pavillon-verbund-systems gebaut werden, das nicht nur allen humanen anspruechen der patienten, sondern auch den zu fordernden betrieblichen gegebenheiten entspricht und stufenweise gebaut und in betrieb genommen werden kann. dem zielplan entsprechend wurden die krankenanstalten in den vier geschaffenen versorgungsraeumen in gruppen zusammengefasst. um die wirtschaftliche fuehrung der anstalten zu erleichtern, wurde das anstaltenamt am 1. jaenner 1977 in einen betrieb laut paragraph 72 der stadtverfassung uebergefuert.

grosser wert wurde auch auf die verbesserung der infrastrukturbau, beispielsweise anschaffung von notstromaggregaten, um- und neubau von heizanlagen und verbesserung der elektrischen versorgung, gelegt.

zufriedene patienten

im sinne einer humanisierung der krankenanstalten wurden eine neue kleidung, neue bettwaesche, die krankenzimmer renoviert, die besuchszeiten in den kinderspitaelern verlaengert sowie das spitalsessen verbessert. dies spiegelt sich auch in permanent durchgefuehrten patientenbefragungen wider: groesste zufriedenheit herrscht bei der pflegerischen betreuung (1 prozent unzufrieden). wuensche, die sich vor wenigen jahren noch vorwiegend auf schoenere und zweckmaessigere krankenzimmer, vermehrte waschgelegenheiten, wc,

baeder, konzentrierten, gingen zahlenmaessig zurueck und die beschwerden ueber das essen betragen nur mehr 5 prozent. nur mehr 13 prozent wollen laengere besuchszeiten, 2 prozent sogar kuerzere. hingegen stieg die zahl der wuensche nach tv-geraeten und separaten raucherzimmern.

ein wesentlicher bestandteil der organisatorischen massnahmen war auch die einfuehrung eines neuen computer-bettenreservierungssystems, das bis jetzt bereits zu einer merklichen entlastung auf dem bettensektor durch eine bessere verteilung der patienten in den spitaelern gefuehrt hat. wien ist damit die einzige stadt, die ueber ein derartiges system verfuegt.

nicht-stationaere versorgung

da die zahl der praktischen aerzte von jahr zu jahr zurueckging (1977: tiefstand von 727 praktischen aerzten mit kassenvertrag) und die ueberalterung immer mehr zunahm, wurde von der stadt wien eine kreditaktion ins leben gerufen, die bisher von 144 aerzten mit einem kreditvolumen von s40,510.000,- in anspruch genommen wurde. darueberhinaus wurde eine zentrale beratungsstelle eingerichtet und fuer die ausbildung von 100 aerzten die halben kosten drei jahre lang uebernommen. ebenso wurden lehrpraxen installiert. durch diese massnahmen und die tatsache, dass die vertraege der spitalsaerzte nur dann verlaengert werden, wenn der arzt fuer das krankenhaus notwendig ist, gelang es in den letzten beiden jahren, die zahl der praktischen aerzte um 36 zu vermehren. eine weitere verbesserung ist in den naechsten jahren zu erwarten. einen wesentlichen punkt fuer die aertzliche versorgung der bevoelkerung stellte auch die einfuehrung des aertzlichen funkdienstes in der nacht an wochentagen dar, die im jahre 1975 begann und zu der die stadt wien finanzielle beitraege leistet. verbessert wurde auch die zusammenarbeit der rettung mit dem roten kreuz und dem arbeiter-samariterbund durch die schaffung einer gemeinsamen leit-

zentrale. darueberhinaus wurden die touren von 11 auf 16 vermehrt. die einsaetze aller drei organisationen im rahmen des rettungs- und krankentransportdienstes stiegen von 80.377 im jahre 1973 auf 167.227 im jahre 1979. dazu kommt noch, dass vom gesundheitsamt der dienst der mobilen schwestern als hilfe und ''verlaengerter arm'' fuer die praktischen aerzte eingefuehrt wurde und der heimhilfe- und hauskrankenpflagedienst des sozialamtes bereits vom spital her eingesetzt werden kann, wenn ein patient entlassen wird. damit ist eine weitere reduzierung der verweildauer moeglich. (zi) (schluss)

1109

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1)

4 wien, 28.3. (rk) der wiener gemeinderat trat freitag unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) zu einer sitzung zusammen. die sitzung wurde mit einer fragestunde eingeleitet.

fragestunde

auf die e r s t e a n f r a g e von gr. h a h n (oevp), wie der letzte stand betreffend die verwendung des ehemaligen polizeidirektionsgebäudes am parkring ist, antwortete buergermeister g r a t z (spoe), dass dieses gebäude derzeit an das institut fuer hoehere studien vermietet ist. die kosten fuer die renovierung uebersteigen die hoehe der subvention an das institut. es wird daher gesprochen, den mietvertrag aufzu-loesen und das gebäude im bereich der gemeinde selbst zu verwenden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , warum nach fuenf jahren noch alles offen ist, antwortete buergermeister gratz, dass das institut fuer hoehere studien das gebäude gerne gehabt haette und nun die frage bestand, ob der fuer die restaurierung erforderliche hohe betrag dem institut fuer hoehere studien gegeben werden soll. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e welche institution in das gebäude kommen soll, antwortete der buergermeister, dass er keiner dienststelle von diesem podium aus gusto machen moechte, ansprueche anzumelden und dass er daher diese frage nicht beantworten kann.

auf die z w e i t e a n f r a g e von gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe), ob er an der absicht festhaelt, mit dem ehemaligen bereichsleiter dr. wilfling einen konsulentenvertrag abzuschliessen, antwortete buergermeister gratz (spoe), dass dr. wilfling von sich aus mitgeteilt hat, dass er nicht

als konsulent beschaeftigt werden moechte. auf die z u s a t z -
f r a g e , ob er sich dadurch erleichtert fuehlt, antwortete
der buergermeister, formell kann er nur sagen, "dass seine ge-
fuehle nicht bestandteil der vollziehung des landes sind und daher
auch nicht gegenstand einer fragestunde."

auf die d r i t t e a n f r a g e von gr.
f r e i n b e r g e r (spoe), wie weit die massnahmen zur an-
siedlung zu general-motors gediehen sind, antwortete stadtrat
m a y r (spoe), dass von seiten der stadt ein schrittweises
ausbaukonzept vorliegt. die infrastruktur wird so geschaffen,
dass neben dem motoren- und getriebewerk weitere produktions-
staetten moeglich sind. in den letzten monaten wurde die widmung
beschlossen, die grundstuecke freigemacht, eine provisorische
zufahrt geschaffen und es wurden die steinzeitlichen funde ge-
sichert. der spatentwurf fuer das motoren- und getriebewerk wird
am 5. mai erfolgen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e ,
welche auswirkungen sich durch das neue werk auf den wiener arbeits-
markt ergeben, antwortete der stadtrat, dass eine rueckbildung
des industriellen sektors in wien verhindert wird. fuer zuliefer-
betriebe sind wesentliche impulse zu erwarten. an der ausschreibung
fuer den bau des werkes haben sich zu einem ueberwiegenden teil
oesterreichische firmen beteiligt. es sind daher weitreichende
positive auswirkungen auf die wiener wirtschaft zu erwarten. auf
die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob auch auf die
umweltsituation ruecksicht genommen wurde und wieweit sich die
infrastruktur der donaustadt verbessert, antwortete stadtrat
mayr, dass in der donaustadt eine neue schnellbahnstation ent-
stehen wird. es werden neue kanaele gebaut, die neben dem werk
auch ganze siedlungsgebiete aufschliessen. aehnliches gilt fuer
die stromversorgung und fuer den ausbau des strassennetzes. die
ma 22 hat gleichgelagerte produktionsbetriebe von general-motors
besichtigt und festgestellt, dass von diesen werken keine umwelt-
belastungen fuer die bevoelkerung zu erwarten sind. man wird aber
die entwicklung genau im auge behalten und sollte es notwendig sein,
auch daemme errichten. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (2):

fragestunde (forts.)

11 wien, 28.3. (rk) auf die v i e r t e a n f r a g e von vizebuergermeister dr. b u s e k (oepv), nach dem letzten stand der verhandlungen mit der wiener gebietskrankenkasse ueber den ankauf des grundstueckes linke wienzeile 24 - 32 und dessen umwidmung in eine parkanlage, antwortete str. v e l e t a (spoe), er habe bereits in der fragestunde des gemeinderates von oktober 1979 mitgeteilt, dass die verhandlungen zwischen der stadt wien und dem eigentuemer aufgenommen wurden. die magistratsabteilung 40 hat eine neuerliche liegenschaftsbewertung erstellt. ob eine umwidmung des areals in eine parkanlage erfolgt, koenne erst nach ankauf des areals von der geschaeftsgruppe stadtplanung beantwortet werden.

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob die wiener gebietskrankenkasse einen antrag fuer ein bauansuchen, das den wert des areals betraechtlich heben wuerde, ankuendigte, antwortete str. veleta, dass bei derartigen verhandlungen die partner stets bemueht sind, ihre position zu festigen. dies erfolge in der regel durch die einbringung eines bauansuchens. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob veleta bereit sei, gegen diese grundstueckspreislizitation einzuwirken, antwortete der stadtrat, dass aus diesem grund eine neuerliche liegenschaftsbewertung bereits erfolgt sei. konkrete zahlen wolle er zu diesem zeitpunkt noch nicht nennen, um die verhandlungen nicht zu beeinflussen.

auf die f u e n f t e a n f r a g e von gr. h a m p e l - f u c h s (oepv), ueber die weiteren plaene fuer das bellevue und den cobenzl, antwortete str. v e l e t a (spoe), dass fuer beide objekte revitalisierungsplaene vorhanden sind. fuer den cobenzl hat sich eine reihe von interessenten gemeldet. hier sei ein gastronomischer betrieb beabsichtigt. die

frueher verpachteten freiflaechen sollen der oeffentlichkeit zugefuehrt werden. fuer das bellevue ist ein rehabilitationszentrum geplant. im erdgeschoss des bestehenden gebaeudes soll ein cafe-restaurant fuer die oeffentlichkeit eingerichtet werden. die gruenflaechen bleiben ebenfalls der oeffentlichkeit zugaenglich. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wann diese revitalisierungsplaene verwirklicht werden, antwortete str. v e l e t a , dass er derzeit noch keine konkrete zeitangabe machen koenne. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , antwortete str. veleta, dass er die bezirksvertretung von doebbling informieren wird, sobald die revitalisierungsplaene ins konkrete stadium treten. (ba) (forts.)

1113

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts.)

12 wien, 28.3. (rk) auf die s e c h s t e a n f r a g e von gr. l u s t i g (spoe), wie das kontrollamt den ankauf der liegenschaft in wien 9, althanstrasse 49, beurteilt hat, antwortete stadtrat v e l e t a (spoe), dass die von einem wochenmagazin erhobenen vorwuerfe, dass die stadt wien beim ankauf dieses grundstueckes durch eigenes unvermoeegen einer spekulati- on zum offer gefallen sei, der pruefung durch das kontrollamt nicht standgehalten haben. der vertragsabschluss durch die magistrats- abteilung 69 war - so das kontrollamt - zweifellos gerechtfertigt. die angemessenheit des kaufpreises war vom magistrat festgestellt worden und wurde auch vom kontrollamt bestaetigt. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach der bedeutung dieses grundstueckes fuer die staedterneuerung antwortete veleta, dass es nicht nur in der naehe des staedtebaulichen grossprojektes ueberbauung franz josefs-bahnhof, sondern auch im bereich eines gebietes liege, das bereits modell fuer eine staedterneuerungstaetigkeit war, bevor dieser begriff allgemein gebraeuchlich wurde. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob der kaufpreis fuer das gegenstaendliche grundstueck niedriger sein haette koennen,

wenn der stadt wien andere rechtsinstrumente zur verfuegung gestanden waeren, verwies veleta auf die grundsuetzliche problematik nebenvertraglicher vereinbarungen und stellte fest, dass bei vorhandensein eines eintrittsrechtes der gemeinde ein guenstiger erwerb moeglich gewesen waere.

auf die s i e b e n t e a n f r a g e von gr. friederike s e i d l (spoe), welche taetigkeit die geschaeftsgruppe vermögensverwaltung, staedtische dienstleistungen, konsumentenschutz auf dem gebiet des konsumentenschutzes entfaltet habe, nannte stadtrat v e l e t a (spoe) die bildung eines unterausschusses fuer den konsumentenschutz, die herausgabe einer broschuere ueber das neue konsumentenschutzgesetz, die taetigkeit des marktamtes, das 1979 rund 20.000 warenproben gezogen hat (davon ein fuenftel auf ansuchen von geschaeftsleuten) sowie die taetigkeit der lebensmitteluntersuchungsanstalt, die im vergangenen jahr 5.453 proben untersucht hat. auf die z u s a t z f r a g e nach dem anteil der beanstandungen bei den gezogenen proben erklarte veleta, dass es bei 39 prozent der lebensmittel tierischer herkunft und bei 11 prozent der lebensmittel nichttierischer herkunft beanstandungen gegeben habe. daraus koenne allerdings kein schluss auf einen ebenso hohen anteil beanstandungswuerdiger lebensmittel ueberhaupt gezogen werden, da ein teil der proben bei solchen lebensmitteln vorgenommen wurde, die aufgrund aeusserer veraenderungen von vornherein verdaechtig waren. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (4)

fragestunde (schluss)

13 wien, 28.3. (rk) auf die a c h t e a n f r a g e von gr. dkfm. b a u e r an den amtsfuehrenden stadtrat der geschaeftsgruppe umwelt und freizeit, ob er bereit sei, zur einwandfreien klaerung widersprechender aussagen ueber den verursacher von luftverunreinigungen im raum doebbling-waehring sowie befuerchteter emissionen durch das geplante kohlekraftwerk im tullner feld, fakultaetsgutachten einzuholen, antwortete stadtrat s c h i e d e r , es sei vom bund ein gutachten der akademie der wissenschaft in auftrag gegeben worden, wobei auch die stadt wien vertreten sei. dieses gutachten werde fragen der emission, der transmission, sowie oekologische fragen klaeren.

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob ein misstrauen gegen das von der stadt wien bereits eingeholte gutachten berechtigt sei, sagte schieder, dieser eindruck sei nicht richtig.

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , was schieder dazu sage, dass ein mit der materie befasster universitaesprofessor dem genannten gutachten schlampigkeit und tendenzioesitaet vorgeworfen habe, sagte schieder, die hoeflichkeit gebiet ihm, hier nicht zu antworten.

auf die n e u n t e a n f r a g e von gr. ernst n u s s b a u m (spoe), an den amtsfuehrenden stadtrat fuer strasse, verkehr und energie, heinz n i t t e l, in welchem stadium sich die umbauarbeiten der stadtbahn-guertelstrecke befinden, sagte dieser, die hoehere antriebsleistung der neuen garnituren e6 erfordere eine verstaerkung der traktionsstromversorgung und damit zwei neue umspannwerke, die bis ende juli fertig sein werden. weitere arbeiten wie kabelverlegungen, arbeiten an der fahrleitung und an den oberleitungen befinden sich im endstadium.

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wann die station thaliastrasse fertiggestellt sein werde, sagte nittel, dies sei im september der fall.

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wann die umruetzung des fahrzeugparks beendet sein werde, sagte nittel die umruetzung gehe in etappen vor sich. schon heuer werden 3 garnituren der neuen type e6 auf dem guertel verkehren. mit ende 1984 werden alle neuen garnituren geliefert und im einsatz sein. (gab) (forts.)

1129

wiener gemeinderat (5):

antraege

14 wien, 28.3. (rk) ein antrag der fpoe, die u 4 bis auhof-mariabrunn zu verlaengern und zwei antraege der oevp, betreffend die revision der geplanten auflassung und sanierung von 16 ortsfriedhoefen und die vornahme einer umweltvertraeglichkeitspruefung fuer die floetzersteighochstrasse, wurden den betreffenden ausschuessen zugewiesen.

zwei antraege der bezirksvertretung brigittenau an den gemeinderat, betreffend die herausnahme des durch den bezirk fuehrenden teilstuecks der im bundesstrassengesetz 1971 vorgesehenen a 20 und betreffend eine daraus resultierende anderung des flaechenwidmungsplans, wurden dem zustaendigen stadtrat zugewiesen. (gab) (forts)

1130

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

mitteilung ueber volksbefragung

15 wien, 28.3. (rk) in einer mitteilung an den gemeinderat berichtete stadtrat franz nekula (spoe) ueber durchfuehrung und ergebnis der am 1. februar 1980 vom gemeinderat beschlossenen volksbefragung, die vom 16. bis 18. maerz stattfand. wahlberechtigt waren 1,172.816 wienerinnen und wiener. die stimmabgabe war gemaess den gesetzlichen Bestimmungen im ganzen stadtgebiet moeglich. im einvernehmen mit den bezirksvorstehern wurden 139 feste und 27 mobile annahmestellen fuer die stimmabgabe vorbereitet. wegen des zeitweise starken andrangs bei einzelnen annahmestellen wurden zusaetzlich 55 feste und 2 mobile annahmestellen eingerichtet, so dass an den drei tagen der befragung insgesamt 223 abstimmungsstellen zu verfuegung standen.

vom stimmrecht machten 338.715 stimmberechtigte, das sind 28,88 prozent, gebrauch. davon gaben 6,4 prozent am 1. tag, 13 prozent am 2. tag und 9,9 prozent am 3. tag der befragung ihre stimme ab. die moeglichkeit, im ganzen stadtgebiet abstimmen zu koennen, wurde von den stimmberechtigten sehr unterschiedlich genuetzt. so wurden zum beispiel im magistratischen bezirksamt favoriten etwa 3.000 stimmen abgegeben, in einem eigens in einem favoritner industriegebiet fuer die dort beschaeftigten eingerichtetem lokal nur 1.300.

nekula berichtete ueber die seitens des presse- und informationsdienstes eingesetzten informationsmittel, die in vielfaeltiger weise - von plakaten ueber postwuerfen, inseraten, rundfunkdurchsagen etc. - die waehlerinnen und waehler ueber die bedeutung, den inhalt und die abwicklung der volksbefragung ausfuehrlich informierten. aus den erfahrungen und erkenntnissen der ersten volksbefragung werden sich fuer kommende abstimmungen folgerungen und verbesserungen ergeben.

nekula teilte dann dem gemeinderat das befragungsergebnis offiziell mit: von den 338.715 abgegebenen stimmen waren bei der

1. f r a g e - vorrang fuer den oeffentlichen verkehr:

330.056 gueltig, davon 255.828 ja-stimmen, 74.228 nein-stimmen

2. f r a g e - propagandastaender:

330.507 gueltig, davon 112.212 ja-stimmen, 218.295 nein-stimmen

3. f r a g e - floetzersteig-westeinfahrt:

323.827 gueltig, davon 183.332 ja-stimmen, 140.495 nein-stimmen

von den ja-stimmen entfielen:

58.498 ohne variante, 100.981 auf variante a, 23.853 auf variante b,

4. f r a g e - auflassung von friedhoefen:

318.216 gueltig, davon 117.315 auf variante a, 200.901 auf variante b.

gemaess den bestimmungen der stadtverfassung beantragte nekula die zuweisung des ergebnisses der vier fragen an die zustaendigen geschaeftsgruppen zur behandlung.

ein von den drei fraktionen eingebrachter a n t r a g auf behandlung der mitteilung von stadtrat nekula im gemeinderat wurde e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n .

(die debatte findet nach erledigung der tagesordnung statt.)

(smo) (forts)

1142

wiener gemeinderat (7)

mitteilung ueber akh

16 wien, 28.3. (rk) finanzstadtrat m a y r (spoe) meldete sich zu einer mitteilung ueber das allgemeine krankenhaus in wien zu wort.

man sollte in der derzeitigen diskussion zwei fragenkomplexe deutlich unterscheiden: zunaechst geht es um gewisse geschaeftspraktiken, die vom kontrollamt kritisiert werden. die 2. frage betrifft den neubau des allgemeinen krankenhauses an sich.

der vorstand der allgemeinen krankenhaus wien, planungs- und errichtungsaktiengesellschaft (akpe) wird bis 16. april zu den feststellungen des kontrollamtes stellung nehmen. in einigen faellen, wie dem nachtlokalbesuch oder bei den flugspesen duerfte etwas geschehen sein, was ich persoendlich nicht fuer richtig halte, erklaerte stadtrat mayr. wenn es auch vielleicht der ueblichen geschaeftspraxis entsprechen mag, so gefaellt es mir weder in der privatwirtschaft noch in betriebe der oeffentlichen hand. in der akpe wurden massnahmen getroffen, um diese dinge abzustellen. darueber hinaus wird das praesidium des aufsichtsrates der akpe dem aufsichtsrat vorschlagen, innenrevisoren zu bestellen. der genaue umfang der rivisionsaufgaben soll dabei durch den aufsichtsrat festgelegt werden.

nach der feststellung, dass es "im 20. jahrhundert kein femegericht mehr geben darf", erklaerte stadtrat mayr, dass es nach vorliegen des kontrollamtsberichtes auf jeden fall konsequenzen geben muesse. mayr: "ich stehe persoendlich dafuer ein, dass jeder ohne ansehen der person und der stellung die volle verantwortung fuer sein handeln zu tragen haben wird".

zum zweiten fragenkomplex erklaerte stadtrat mayr, dass die oevp noch im jahr 1975 und im jahr 1978 fuer die derzeitige konzeption des allgemeinen krankenhauses eingetreten ist. der gesundheitssprecher der oevp, dr. wiesinger, hielt 1975 "die konzeption des akh fuer die richtigste". vizebuergermeister dr. b u s e k sprach 1978 von einem erfolg der wiener oevp, weil es ihr gelungen ist, fuer den neubau des wiener akh mehr mittel als bisher zu erreichen. mayr: "wieweit der herr dr. busek aus dem jahr 1978 mit dem herrn dr. busek aus dem jahr 1980 in konflikt geraet, der heute wieder ueber eine einstellung des baus philosophiert, ist allerdings sein problem. festzuhalten gilt jedoch, dass man als verantwortlicher seine grundsaeztliche haltung zum bau nicht alle zwei jahre aendern kann, denn das fuehrt echt zum chaos".

mayr sprach sich fuer eine rasche fertigstellung in der derzeitigen konzeption aus. zwischen 1957 und 1975 wurden fuer planung, bau und einrichtung des neuen wiener allgemeinen krankenhauses rund 2,7 milliarden aufgewendet. in den vier jahren von 1976 bis

einschliesslich 1979 wurden hingegen planungs- und bauleistungen fuer rund 4,4 milliarden erbracht'. im finanz- und investitionsplan der stadt wien bis zum jahr 1984 sind von wiener seite fuer das allgemeine krankenhaus folgende mittel vorgesehen: 1980 - 800 millionen, 1981 - 2.000 millionen, 1982 - 2.000 millionen, 1983 - 1.700 millionen und 1984 - 1.700 millionen. zu diesen betraegen der stadt wien kommt noch der kostenanteil des bundes. das akh ist finanziell gesichert. im jahr 1983 werden teile des akh in betrieb gehen, in den jahren 1986/87 erfolgt die fertigstellung. 1975 gab es noch eine maximalforderung der oevp, die eine fertigstellung bis 1985 verlangte. diese forderung wird im wesentlichen erfuehlt.

die heute auftauchende forderung nach einer einstellung des baus ist abstrus. was wuerde man erreichen (fragezeichen) man haette sicher einmal eine 'milliardenruine' und man haette das problem des alten akh nicht geloest. eine neue planung wuerde weitere verzoegerungen bedeuten und die wienerinnen und wiener, aber auch die vielen nicht-wiener, die auf das akh angewiesen sind, muessten noch im jahr 1987 weiter in saelen mit 30 betten liegen. und billiger waere das ganze auch nicht.

beim allgemeinen krankenhaus gibt es keine kostenexplosion. zunaechst wollte man nur eine zweite chirurgische klinik bauen, in den jahren 1958 bis 1965 trat man fuer eine teilung des baus in eine erste und eine zweite bauetappe ein. alle angaben bis 1965 beziehen sich auf die erste etappe, den neubau des josephinischen teiles. erst 1965 gab es ein vereinigttes projekt. bei einem volumen bei 1,2 millionen kubikmeter schaezte man die kosten auf 3,1 milliarden schilling. das heutige projekt hat ein volumen von 3,5 millionen kubikmeter und wird auf preisbasis 1980 26,2 milliarden kosten. ein allgemeines krankenhaus mit dem projektsumfang, wie er heute vorgesehen ist, haette schon 1965 ca. 9 milliarden schilling erfordert. beruecksichtigt man die seit 1965 eingetretenen preissteigerungen und den in dieser zeit erzielten medizintechnischen fortschritt, so ist die heutige schaezung der kosten von 26,2 milliarden auf preisbasis 1980 durchaus der kostenentwicklung entsprechend (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

mitteilung ueber akh (forts.)

17 wien, 28.3. (rk) seit 1965 sind die baukosten nach dem baukostenindex des oesterreichischen statistischen zentralamtes um rund 300 prozent gestiegen. die ausgaben der stadt wien im spitalsbereich haben sich ohne bauraten fuer das akh von 1965 bis 1979 um rund 400 prozent erhoeht. einige weitere beispiele: die loehne und gehaelter sind um rund 300 prozent gestiegen, die spareinlagen um rund 450 prozent und uebrigens hat sich auch der verkaufspreis der tageszeitungen "kurier" und "kronenzeitung" von 1 schilling auf 4 schilling erhoeht - das entspricht ebenfalls einer steigerung um 300 prozent.

es gibt wegen des groesseren projektumfanges eine reale kostensteigerung und es gibt eine nominelle, die auf die teuerung zurueckzufuehren ist. von einer kostenexplosion kann keine rede sein. 1987 wird das akh unter der annahme einer preissteigerung von jaehrlich 7 prozent 36,7 milliarden kosten. im gleichen zeitraum kann der bund und die stadt wien mit aehnlichen einnahmezuwaechsen rechnen, so dass wieder nur eine nominelle kostensteigerung gegeben ist.

das gleiche gilt fuer die betriebskosten. die betragen im alten akh im jahr 1978 - 2,15 milliarden. die akpe schaezt, dass die betriebskosten im neuen akh - bei einem natrugemaess weit besseren leistungsangebot fuer die stationaeren und ambulanten patienten - um rund 40 prozent hoeher liegen. sie wuerden also fuer 1978 rund 3 milliarden schilling betragen.

abschliessend erklaerte stadtrat mayr, dass am bau des akh viele der renommiertesten firmen der oesterreichischen wirtschaft beteiligt sind. mayr: "ich fuehle mich verpflichtet, sehr ernst davor zu warnen, auf grund der feststellungen des kontrollamtes, zu denen die betroffenen erst stellung nehmen werden, das ganze projekt zu skandalisieren. denn das fuehrt schliesslich zu einer rufschaedigung aller beteiligten. an diesem projekt arbeiten dutzende von ausgezeichneten planern und gutachtern, hunderte von engagierten ingenieuren und technikern und tausende von qualifizierten arbeitern mit." (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (9):

mitteilung ueber entwicklung der krankenanstalten

18 wien, 28.3. (rk) eine bilanz ueber die entwicklung der krankenanstalten wiens seit erstellung des zielplanes im jahr 1975 zog stadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r (spoe). (siehe eigene aussendung der ''rk''). die wichtigsten punkte, die in den letzten vier jahren verwirklicht wurden, sind die reduzierung der verweildauer, die erhoehung der bettenkapazitaet, eine personalvermehrung, der krankenhausbau und die verbesserung der infrastruktur in den staedtischen spitaelern. durch die konsequente verfolgung der vorgegebenen zielsetzung ist es zu einer beträchtlichen leistungssteigerung der staedtischen krankenanstalten gekommen. bestaetigt werden diese erfreulichen tatsachen durch die steigende lebenserwartung der wiener. nach den berechnungen des koordinationsbueros ueber die jaehrlichen todesfaelle ergab sich fuer das jahr 1979 eine differenz von 2.858 menschen. dazu schreibt das koordinationsbuero, dass die steigerung der lebenserwartung der wiener bevoelkerung nur als folge der verstaerkten anstrengungen im gesundheits- und sozialwesen zu deuten ist und dass die statistik den beweis fuer den erfolg der in den letzten jahren gesetzten massnahmen darstellt.

auf eine weitere statistik, auf die zahlen zur verweildauer in den spitaelern, wies stadtrat stacher besonders hin. bei einer steigenden zahl aelterer wiener und der damit verbundenen krankenhausaefugigkeit ist die verweildauer von 14,9 tagen im jahr 1975 auf 13,2 tage im jahr 1979 gesunken. wien rangiert damit an zweitbesten stelle vor vorarlberg. dabei sei noch zu beruecksichtigen, dass in die wiener zentralkrankenhaeuser rund 20 prozent nicht-wiener-patienten mit schwierigsten und behandlungsintensivsten krankheiten eingeliefert werden. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (10):

tagesordnung

19 wien, 28.3. (rk) anschliessend nahm der gemeinderat die verhandlungen ueber die normale tagesordnung auf.

anstelle von gr. h a b e r l (spoe) wurde gr. v e j t i s e k (spoe) als mitglied des gemeinderatsausschusses fuer stadtplanung gewaehlt.

gesellschaft fuer musiktheater

gr. h o l u b a r z (spoe) stellte den antrag, der gesellschaft fuer musiktheater einen foerderungszuschuss von 300.000 s zu gewaehren. in aller stille ist hier eine grossartige einrichtung entstanden, erklarte gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe), die musik, darstellende kunst und architektur vereinigt. die 1958.gegruendete gesellschaft machte sich zunaechst die schliessung von luecken im opernrepertoire, so vor allem im bereich der barockoper und der zeitgenoessischen oesterreichischen oper, zur aufgabe. mitte der sechziger jahre wurden einfuehrungsvortraege zu premieren der staatsoper durchgefuehrt. trainerlehrgaenge fuer ballett wurden abgehalten. besondere bedeutung haben die von der gesellschaft initiierten sommerspiele im alten universitaetsviertel erlangt. in diesem gebiet gibt es grossartige architektonische schaedte, sagte pawkowicz, die zum teil derzeit nicht adaequat genutzt werden. pawkowicz kritisierte, dass dem leiter der gesellschaft der dank der stadt nicht in form eines ordens ausgesprochen werden koenne, nur weil er noch nicht das notwendige alter erreicht habe. der gemeinderat soll alle taetigkeiten unterstuetzen, die zu einer vitalisierung unserer stadt beitragen.

gr. mag. k a u e r (oevp) erklarte, dass auch er der taetigkeit dieser gesellschaft mit wohlwollen gegenueberstehe. die be-

deckung des foerderungszuschusses sollte jedoch nicht aus den mitteln des kulturschillings vorgenommen werden. kauer brachte einen entsprechenden a b a e n d e r u n g s a n t r a g ein.

stadtrat prof. dr. z i l k (spoe) betonte, dass er mit der meinung von gr. pawkowicz uebereinstimme, dass das alte universitaetsviertel ein teil unserer stadt sei, der besondere aufmerksamkeit verdient. die stadtverwaltung arbeitet in den letzten jahren verstaerkt mit der gesellschaft fuer musiktheater zusammen, die eine vorbildliche taetigkeit entfaltet. es sei tatsaechlich grotesk, dass der leiter der gesellschaft aus altersgruenden noch keinen orden bekommen konnte. zilk regte in diesem zusammenhang eine lockerung der starren schranken an. zilk stellte fest, dass es in wien im sommer eine grosse zahl (273) von musikalischen veranstaltungen gibt. es sei eine wichtige aufgabe, historische staetten mit kuenstlerischem leben zu erfuellen. zilk bedauerte, dass die oevp gerade in diesem fall die bedeckung aus dem kulturschilling ablehnt, weil es sich hier doch um ein beispiel fuer die vitalisierung historischer stadtteile handelt.

gr. h o l u b a r z (spoe) erklaeerte in seinem schlusswort, dass der kulturschilling hier zweifellos richtig verwendet wird.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag der oevp wurde mit den stimmen der spoe und fpoe abgelehnt, der antrag des berichterstatters mit den stimmen der spoe und fpoe angenommen.

(ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

tagesordnung (schluss)

20 wien, 28.3. (rk) gr. e d l i n g e r (spoe) stellte den antrag, dass der ankauf von schuldverschreibungen staedtischer anleihen sowie sonstiger festverzinslicher wertpapiere durch den magistrat bis zur hoehe der im voranschlag fuer den ankauf von wertpapieren vorgesehenen mittel genehmigt wird.

gr. h i r n s c h a l l (fpoe) deponierte die ablehnung seiner partei zu diesem verhandlungspunkt, da seine partei zu dieser materie in den letzten jahren immer wieder abaenderungsantraege gestellt habe.

gr. dr. w e b e r (oevp) betonte, dass man in der frage des ankaufs - auch wegen der bewegung auf dem geldmarkt - sehr vorsichtig vorgehen muesse.

gr. e d l i n g e r bat in seinem schlusswort um die annahme des antrags. der antrag wurde mit mehrheit angenommen. (gab)
(forts.)

1341

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (12):

debatte volksbefragung

21 wien, 28.3. (rk) gr. dkfm. b a u e r (fpoe) betonte, die befragung der buerger zu kommunalen problemen sei eine langjaehrige forderung der fpoe. zur nun durchgefuehrten volksbefragung sagte bauer, es haette gravierendere fragen gegeben, als etwa die der plakatstaender: so die frage nach der traisenbruecke oder nach dem bau weiterer stadtautobahnen. ueberdies sei es problematisch, der gesamten bevoelkerung die frage ueber ein projekt vorzulegen, das nur einen teil der wiener direkt tangiere. besser als die frage nach dem floetzersteig waere die abstimmung ueber ein verkehrskonzept gewesen, doch dieses gebe es noch nicht.

zur fragestellung und zur information durch die gemeinde sagte bauer, man merkte ueberall den versuch der beeinflussung. besonders penetrant sei dies in der frage des floetzersteigs aufgefallen, wo ueber die tatsache einer suggestivfrage hinaus auch die information voellig einseitig gewesen sei. bei den plakatstaendern sei allein der verwendete ausdruck propagandastaender manipulation. gravierende maengel habe die durchfuehrung der befragung gezeigt. trotz niedriger beteiligung habe es zuwendig abstimmungslokale gegeben, die art der fragestellung und der durchfuehrung habe zu missverstaendnissen in der bevoelkerung gefuehrt.

bauer betonte die zustimmung der freiheitlichen zum instrument der volksbefragung. ein gemeinsames vorgehen in dieser frage, ein anderes fragenpaket, eine ausgewogenere fragestellung und eine bessere durchfuehrung waeren jedoch wuensenswert gewesen und haetten vielleicht auch eine groessere beteiligung der bevoelkerung gebracht. es sei schade, dass dies versaeumt worden und dadurch ein instrument der direkten demokratie abgewertet worden sei. (gab) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (13):

debatte volksbefragung (forts.)

23 wien, 28.3. (rk) die oevp hat 16 jahre lang gegen den widerstand der spoe instrumente der direkten demokratie verlangt, erklarte gr. fuerst (oevp). um so bestuerzender ist die art der organisatorischen durchfuehrung dieser ersten volksbefragung gewesen und die kalte behandlung von anliegen von buergern dieser stadt. die volksbefragung war ein musterbeispiel fuer manipulative fragestellung und unterdrueckung von buergerwuenschen. man hat nichtbetroffene ueber betroffene entscheiden lassen. der buergermeister ruehmt sich, keine wahlempfehlung abgegeben zu haben, er hat lediglich das volk zur teilnahme aufgerufen. die geringe teilnahme beweist, dass das volk dem buergermeister nicht gefolgt ist. entgegen der ankuendigung des buergermeisters, die spoe wuerde keine wahlempfehlung abgeben, haben mehrere stadtraete dennoch empfehlungen abgegeben.

gr. fuerst vertrat die ansicht, dass eine vermischung von ja- und nein-fragen mit varianten laut stadtverfassung nicht statt- haft waere, bei der frage floetzersteig ist das aber geschehen. obwohl die waehler zur stelzenstrasse ein klares nein gesagt haben - naemlich 43,4 prozent ueberhaupt nein zum floetzersteig-ausbau und 7,3 prozent fuer einen niveaugleichen ausbau - will man das nicht zur kenntnis nehmen.

gr. fuerst formulierte schliesslich eine liste der organisa- torischen maengel:

1. formulierung der fragen war nicht objektiv - naechstes mal sollte man experten der meinungsforscher als berater beiziehen.
2. die stimmkarte hat die fragen anders dargestellt als der stimm- zettel, so dass sich unklarheiten ergeben haben.
3. die anzahl der annahmestellen war viel zu gering. bei jeder nor- malen wahl mit einfacher abstimmung stueden theoretisch jedem

wahlberechtigten 90 sekunden zeit zur verfuegung, bei dieser komplizierten volksabstimmung waeren es nur 20 sekunden gewesen. eine wahlbeteiligung von mehr als 35 prozent waere rein rechnerisch gar nicht zu bewaeltigen gewesen. vp-bezirksvorsteher beziehungsweise vp-bezirksvorsteher-stellvertreter haben zusaetzlich lokale verlangt. die oeffnung der lokale wurde dann zu spaet gemeldet, so dass oevp-beisitzer der parteien nicht rechtzeitig nominiert werden konnten.

4. bei der stimmabgabe gab es nirgends einen hinweis, wie der stimmzettel gueltig auszufuellen ist. es gab missverstaendnisse, weil sonst auf formularen vermerkt ist: nichtzutreffendes streichen (rufz.) kuenftig sollte man deutlich darauf hinweisen.
5. bei fliegenden kommissionen gab es unklarheiten ueber die annahme von stimmkarten.
6. in einigen bezirken wurden die stimmzettel ueber nacht nicht versiegelt aufbewahrt. kuenftig sollte man dabei sorgfaeltiger sein. der postwurf des pid war unobjektiv, das einzig objektive darin waren die adressen der annahmestellen. alles in allem wurde mit der art dieser volksbefragung der demokratie ein schlechter dienst erwiesen, das ansehen der demokratie wird dadurch weiter sinken. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (14):

debatte volksbefragung (schluss)

24 wien, 28.3. (rk) die oevp kann nicht verlieren, erklarte gr. k o p f e n s t e i n e r (spoe). sie versucht nun, ein "nein" zum floetzersteig mathematisch hineinzuarargumentieren. die volksbefragung hat ein klares bekenntnis zum oeffentlichen verkehr gebracht. die aufstellung der plakatstaender wurde auf wahlzeiten zurueckgedraengt. die friedhoefe bleiben erhalten und es gebe in klares "ja" zum floetzersteig. die spoe wird den waehlerwillen respektieren.

gr. r o s e n b e r g e r (spoe) erklarte, dass die volksbefragung in hietzing eine klare absage der busek empfehlungen gebracht hat. in hietzing haben 60,8 prozent die propagandastaender abgelehnt und 57,3 haben sich fuer den ausbau des floetzersteiges entschieden. rosenberger verwies darauf, dass die oevp noch 1978 in ihrem pro-wien-programm fuer den ausbau des floetzersteiges eingetreten ist. die bezirksvorsteherin bischof sprach sich auch fuer den floetzersteig aus und noch im maerz 1979 traf der verkehrssprecher der oevp, dkfm. amman, fuer einen ausbau ein. erst zuletzt hat dr. busek die oevp zu einem "nein" zum floetzersteig gezwungen. (sei)

gr. d i n h o f (spoe) erinnerte die oevp-fraktion daran, dass sie bis knapp vor der volksbefragung selbst den ausbau der floetzersteig-bundesstrasse urgirt hat. die wiener haben diese frage eindeutig mit "ja" beantwortet. wenn jemand "ja" angekreuzt hat, dann kann man nach der volksbefragung auch durch manipulation diese "ja"-aussage nicht in ein "nein" veraendern. wenn jemand keine variante ankreuzte, hat er sich dennoch grundsatzlich mit seiner ja-stimme fuer den ausbau der westeinfahrt ausgesprochen sagte dinhof. durch die derzeitige verkehrssituation sind die anrainer auf der linzer strasse und in der hadikgasse

schwer benachteiligt. hier gab es zwar keine buergerinitiative, aber viele menschen, die auf die schlechten umweltverhaeltnisse immer wieder hinwiesen. die wiener haben die probleme der buendelung des verkehrs richtig verstanden und sich dementsprechend entschieden. die floetzersteig-bundesstrasse wird so gebaut, dass eine belaestigung durch laermschutz- und schallschutzmassnahmen weitgehend verhindert wird.

die erste wiener volksbefragung war ein lernprozess, in zukunft wird manches zu verbessern sein, stellte stadtrat nekula (spoe) fest. von einem mangel in der organisation koenne jedoch nicht gesprochen werden. die wahllokale wurden im einvernehmen mit den bezirksvorstehern bestimmt, wobei die oevp-bezirksvorsteher die situation am schlechtesten einschaezten und nur zwei wahllokale in einem bezirk forderten. um dem andrang gerecht zu werden, wurden in den lokalen vier bis sechs abstimmungszellen - bei nationalratswahlen sind es zwei - eingerichtet. anzahl und ausmass der fragen sind von den oppositionparteien vor der durchfuehrung der volksbefragung ebenfalls als nicht zu hoch angenommen worden. die oevp legte als alternative vier andere fragen vor, die fpoe stellte sieben fragen. eine alternative waere, die volksbefragung nur an einem tag und zwar am sonntag durchzufuehren. stadtrat nekula gab bekannt, dass er alle wahlleiter angeschrieben und um einen erfahrungsbericht gebeten habe. die oevp habe eine wahlempfehlung abgegeben und verloren. die spoe hat die entscheidung der bevoelkerung ueberlassen. die wiener seien daher diejenigen die einen sieg fuer die direkte demokratie errungen haben.

die von nekula beantragte zuweisung der ergebnisse der volksbefragung an die zustaeendigen geschaeftsgruppen wurde einstimmig angenommen (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (15):

akh-debatte

25 wien, 28.3. (rk) in der sitzung des wiener gemeinderates vom 20. maerz 1964 wurde der erste bauabschnitt des allgemeinen krankenhauses (personalwohnhaus und krankenpflegeschule) beschlossen, erklarte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe). damals wurde von der fpoe kritik an der verzoeigerung geuebt. der damalige stadtrat primarius glueck erklarte, die bauzeit sei umso kuerzer, je laenger die planung sei. glueck kuendigte auch an, dass 1975 mit fertigstellung des krankenhauses zu rechnen sei. buergermeister slavik sprach seinerzeit von baukosten in der hoehe von einer milliarde. diese milliarde wurde in der heutigen sitzung des gemeinderates von stadtrat mayr voellig neu gedeutet.

die baugeschichte des akh ist die chronik von einem vierteljahrhundert unfaeigkeit. die ersten 15 jahre waren durch naives unvermoeegen gekennzeichnet, in den anschliessenden zehn jahren kamen dazu noch geschaeftemacher. die hemmungslosen versuche, sich an diesem grossprojekt persoenlich zu bereichern, gehoeren zum erscheinungsbild der siebzigerjahre. fuer die plan- und konzeptlosigkeit sind jene verantwortlich, die seit 1958 dem spitzenausschuss angehoert haben. man muss diesen politikern den vorwurf machen, sich fuer faehig gehalten zu haben, dem obersten leistungsgremium dieses spitalsbaues anzugehoeren.

hirnschall kritisierte die verkehrte planungsreihenfolge: der rohbau ist fertig, die betriebsorganisationsplanung noch immer nicht. der entscheidendste fehler war, dass waehrend 25 jahren planung nie ein zeit- und kostenlimit gesetzt wurde. erst 1979 erfolgte der versuch, einen kostenrahmen und einen fertigstellungstermin (1986/87) zu fixieren.

die ersetzung des spitzenausschusses und der bauleitung durch die akpe war in der theorie richtig. in der praxis entwickelte sich die akpe aber anders. schon 1976 wurden planung, ausfuehrung

und inbetriebsetzung der privaten apag uebergeben. die akpe beschraenkte sich vor allem auf koordinierung, kontrolle etc. - mit dem erfolg, dass wir uns heute damit beschaeftigen muessen, wie die kontrollore kontrolliert werden koennen.

die zugriffs- und kontrollmoeglichkeiten sind dadurch verschlechtert worden, der bau wurde teurer. das honorar fuer die apag betrug bis ende 1979 900 millionen schilling.

der organismus der spitaeler ist in den letzten jahren sehr kompliziert geworden. das wiener anstaltenamt war nie faehig und bereit, sich selbst die notwendigen grundlagen zu erarbeiten. es gibt wohl kein gebiet, sagte hirnschall, wo der "groesste schmarrn" so teuer verkauft werden kann wie in dieser branche. seit den 60er jahren stoesst man immer wieder auf dieselben namen.

die fpoe kam 1979 zu der ueberzeugung, dass es bei der vergabe der betriebsorganisationsplanung zu unzuelaenglichkeiten gekommen sein muss und beantragte eine sonderpruefung dieser vergabe. diesem antrag hat der buergermeister entsprochen. dieser antrag fuehrte in weiterer folge zur aufdeckung unglaublicher misstaende.

eine schluesselfigur bei diesem "coup" war dkfm. wilfling. eine ebenso undurchsichtige rolle spielte bei der betriebsorganisationsplanung die firma med-consult, die zu je 50 prozent der odelga und prutscher gehoert. sie bekam umfangreiche auftraege, die sie grossteils an subunternehmer weitergab, darunter eine briefkastenfirma mit sitz auf einer englischen kanalinsel. millionenbetraege wurden so verschleudert. die sonderpruefung der med-consult wird hoffentlich zu einer raschen klaerung fuehren.

hirnschall brachte einen beschluss- und resolutionsantrag ein, der folgende punkte umfasst:

- 1) der vertrag mit der arbeitgemeinschaft betriebsorganisationsplanung ist nicht zu verlaengern. die weitere vergabe ist unter peinlicher einhaltung der geltenden vergabevorschriften vorzunehmen.
- 2) sollte sich das den vorstandsmitgliedern in der oeffentlichkeit vorgeworfene fehlverhalten durch die vorlage des kontrollamtsberichtes und des rechnungshofberichtes erhaerten, ist das dienstverhaeltnis zu loesen beziehungsweise nicht zu verlaengern.
- 3) der aufsichtsrat der akpe ist durch eine entsprechende personelle besetzung in die lage zu versetzen, die laufende ueberwachungspflicht in vollem umfang zu erfuellen. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (16):

akh-debatte (forts.)

26 wien, 28.3. (rk) stadtrat dr. g o l l e r (oevp) warf finanzstadtrat mayr vor, die oeffentlichkeit ueber die kosten des akh irrezufuehren. so habe mayr vor kurzem die summe von 26,2 milliarden s fuer die gesamtbauposten genannt, das kontrollamt sei nun mit seinen berechnungen auf kostenbasis 1980 auf die summe von 36,7 milliarden gekommen. mayr habe sich zu wenig um das akh gekuemmert. vierteljaehrliche muendliche bericht des akpe-managements seien eben zuwenig. der aeusserung von buergermeister gratz, die akpe habe die planung und die kosten des akh im griff'' koenne er nicht zustimmen, sagte goller. was von seiten der spoe vor allem fehle, sei das engagement in dieser sache und die begleitende kontrolle. die oevp hat diese kontrolle schon 1975 und 1976 gefordert. erst 1979 habe die spoe zugestimmt. ein frueherer einsatz der kontrollorgane haette grosse einsparungen bringen koennen. es zeige sich hier erneut, sagte goller, dass die oevp aus den kommunalen affaeren, wie dem bauringskandal und den grundstueckspekulationen im bereich der gesiba nichts gelernt habe. dieses verschweigen und zudecken sei jedoch kein dienst an der sache. da auch hier die gafahr der verschleierung gegeben sei, sei die abberufung der vorstandsdirektoren der akpe zu fordern. da auch der aufsichtsrat der akpe seiner pruefungs- und kontrolltaetigkeit nicht gerecht geworden sei, sagte goller, seien auch hier konsequenzen zu ziehen:

goller stellte zwei beschluss- und resolutionsantraege des inhaltes, die vorstandsdirektoren der akpe so rasch als moeglich abuberufen, bzw. im einvernehmen mit dem bund den vorstandsdirektoren der akpe das vertrauen zu entziehen. ferner moege die stadt wien in uebereinstimmung mit dem bund unverzueglich die abberufung von aufsichtsratsraeten der akpe, die von der stadt wien entsandt wurden, vornehmen. (gab) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (17):

akh-debatte (forts.)

27 wien, 28.3. (rk) die vorgaenge um den bau des neuen all-gemeinen krankenhauses, die von str. mayr ausfuehrlich dargestellt wurden, werden heute von der opposition nicht mit argumenten der vernunft debattiert, erklarte gr. w i e s i n g e r (spoe). man erlebt hingegen eine neuauflage der skandalisierungspolitik der oevp und von zeitungem, die sich sonst in ihrer ''unabhaengigkeit'' ueberpurzeln. es wird mit zahlen jongliert von 30 ueber 50 bis 100 milliarden. dass system aber lautet: wien muss schlecht gemacht werden, selbst um den preis der unwahrheit. die ursache dafuer ist, dass die oevp ihre misserfolge seit mai 1979 nicht verwinden kann. der gesundheitssprecher der oevp, guenther wiesinger, der noch 1975 das neue akh als gesundheitsspolitisch unbedingt erforderlich bezeichnete und sich zum zentralbau bekannte, stellt jetzt im parlament milchmaedchenrechnungen auf und versucht, die bundeslaender gegen wien aufzuhetzen, indem er gigantische betriebskosten prophezeit, die zu lasten der anderen bundeslaender aus dem krankenanstaltenfonds zu tragen sein werden. weil sich die oevp, die bis vor wenigen jahren bei der planung und dem bau des akh die volle mitarbeit und mitverantwortung hatte, mit ihrer oppositionsrolle nicht zurecht findet, versucht sie, die spoe als skandalumwitterte partei hinzustellen. gr. wiesinger warnte: wenn die oevp die totale auseinandersetzung will, dann soll sie sie haben. was das neue akh betrifft, so bekennt sich die spoe voll zu diesem bauwerk, das die oesterreichische medizin braucht. man ist bereit, zu dem hohen, erforderlichen aufwand zu stehen, weil er im interesse der gesundheit geschieht. (smo)

desinteresse und einen informationsnotstand konstatierte str. dr. gertrude k u b i e n a (oevp). dieses desinteresse fuehrt zu einem kontrollverlust, einem kritikverlust und schliess-

./.

lich zu einem demokratieverlust. die denkweise der verantwortlichen, dass hunderte von millionen keine rolle spielen, fuehrte bei den akpe-direktoren zu ausgaben von 15.000 s fuer ein abendessen.

es fragt sich, ob der oesterreichische weg wirklich das androsch-labyrinth ist. beim akh fuehren viele wege zu androsch. dr. busek trat immer fuer eine begleitende kontrolle ein, und auch bei der spoe zeigt sich ein gesinnungswechsel. auch der neue bautenminister ist fuer eine begleitende kontrolle.

die oevp hat nie einen zweifel an der notwendigkeit des akh gehabt. gesundheitspolitik hat jedoch nichts mit schlamperei und verschwendung zu tun. (sei) (forts.)

1612

wiener gemeinderat (18):

akh-debatte (forts.)

29 wien, 28.3 (rk) gr. h a h n (oevp) warf der sozialistischen fraktion vor, dass sie die vorgaenge um das allgemeine krankenhaus bagatellisiere. die aussagen der sp-politiker widersprechen sich dauernd. den wiener gemeinderaeten wurden keinerlei berichte ueber den baufortschritt oder die finanzierung vorgelegt. 1976 haben nicht einmal die engsten beteiligten ueber die tatsaechliche groesse des akh bescheid gewusst. im juni 1976 habe die oevp eine ueberpruefung durch das kontrollamt beantragt. str. mayr habe erklart, dass die akh-gesellschaft ohnehin vom rechnungshof ueberprueft wird. waehrend sich der buergermeister fuer eine ueberpruefung durch den rechnungshof aussprach, hat der rechnungshofpraesident einige tage spaeter erklart, dass die obligatorische einsicht ohnedies gegeben sei. hahn fragte, ob kandutsch diese pruefung nicht wollte, oder ob gratz seine meinung kurzfristig aenderte. schon damals lag es auf der hand, dass die unterlagen von der alten bauleitung nicht an die neue akpe uebergeben wurden.

statt fuer ordnung zu sorgen, schafft die spoe politische spannungen, in dem sie gewisse personen verteidigt. die spoe soll einen klaren, scharfen schlusstrich unter diese affaere ziehen.

auch die kostenrechnung wurde ziel der kritik hahns. im jaenner 1980 habe str. mayr von 26,2 milliarden gesprochen, im finanz- und investitionsplan sind ueber 29 milliarden ausgewiesen und finanzminister androsch habe von 36 milliarden geredet. derartige differenzen in der kostenberechnung gibt es auch bei den anderen wiener grossprojekten. (ba)

ist es wirklich ihre meinung, dass sich ein unternehmen der gemeinde beziehungsweise ein unternehmen, an dem die gemeinde beteiligt ist, nicht an oeffentlichen auftraegen beteiligen darf, fragte gr. s a l l a b e r g e r (spoe). bei einer auftragsvergabe ist auch zu pruefen, ob der billigstbieter ueberhaupt in der lage ist, einen auftrag zufriedenstellend auszufuehren. verschachtelungen von firmen sind in vielen bereichen der wirtschaft heute ueblich und legitim.

im zusammenhang mit dem bau des akh wird eine skandalisierungskampagne gefuehrt. da werden antraege gestellt, menschen zu verurteilen, ohne sie ueberhaupt anzuhoeren. mit bodenloser gemeinheit wird versucht, menschen fertigzumachen. die debatte wird in form einer systematischen verteufelung gefuehrt. man denkt dabei offenbar nicht daran, was das fuer wirtschaftliche folgen hat. am bau des akh sind die bedeutendsten oesterreichischen unternehmungen beteiligt, die grossprojekte in aller welt durchgefuehrt haben oder verwirklichen sollen. diese unternehmungen leiden unter einer unglaublichen rufschaedigung. buseks vorschlag, den bau einzustellen, kann ueberhaupt nicht ernst genommen werden. es erhebt sich die frage, wann sich die vertreter der wirtschaft zu wort melden und gegen eine derartige kampagne stellung beziehen werden. haben sich die oevp-landeshauptleute eigentlich ueberlegt, fragte sallaberger, was es bedeuten wuerde, wenn wien nicht zu einer so grossen solidaritaetsleistung im bereich des gesundheitswesens bereit waere? 40 prozent aller patienten in wiens spitaelern kommen aus den bundeslaendern. kein wort wurde gesagt ueber die

leistungen der akpe, kein wort darueber, was dieses bauwerk als ganzes darstellt. es gibt keine universitaetsklinik der welt, deren ablaufplanung so ausgelegt ist, dass 10.000 patienten pro jahr ambulant behandelt werden koennen. zum neuen konzept der oevp scheint es zu gehoehren, forderungen ohne ende zu stellen, moeglichst viele skandale zu provozieren, misstrauen zu saeen und die bundeslaender gegen wien auszuspielen. (ger) (forts.)

1705

wiener gemeinderat (19):

akh-debatte (forts.)

30 wien, 28.3. (rk) gr. dr. k r a s s e r (oevp) sagte, eine der ursachen fuer die moeglichkeit zur misswirtschaft im bereich des akh sei die unuebersichtlichkeit. es sei fuer den normal-buerger unmoeglich und falle auch mit der materie befassten schwer, bei all den gesellschaften und subgesellschaften einen ueberblick ueber die akh-szene zu bewahren. ueberdies scheine man zu glauben, bei einem derartigen milliardenprojekt komme es auf kleinere summen nicht an.

hierauf setzte sich krasser mit der person von dr. wilfling auseinander, der zuerst odelga-geschaeftsfuehrer, dann bereichsleiter fuer die krankenanstalten der stadt wien und im aufsichtsrat der akpe taetig war. krasser wies darauf hin, dass sich wilfling unkorrekt gegenueber dem magistratsdirektor verhalten habe, indem er von der stadt wien kilometergeld kassierte, obwohl er noch von der odelga einen wagen und einen chauffeur zur verfuegung hatte. auch als man sich im nachtlokal 'eve' auf kosten der steuerzahler vergnuegte, sei wilfling dabeigewesen.

weiter habe er unterlagen von der odelga zur ma 17 transferiert und dann deren herausgabe verweigert. trotz diesen verfehlungen habe buergermeister gratz wilfling bei dessen ruecktritt als bereichsleiter noch einen konsulentenvertrag angeboten, was zeige, dass gratz wilfling bis zuletzt halten wollte. als politisch verantwortlichen fuer wilfling bezeichnete krasser stadtrat stacher, der ihn in eine derart verantwortungsvolle position geholt hat.

der fall wilfling zeige, dass man den grundsuetzen der moral wieder mehr bedeutung zumessen muesse. der fall wilfling sei eine lehre fuer die spoe. die oevp werde nicht aufhoeren, in derartigen faellen im interesse der steuerzahler konsequenzen zu verlangen. (gab)

gr. dkfm. sigrun s c h l i c k (oevp) erklaerte, dass man sich die baukosten von 36 milliarden fuer das akh am besten durch einen vergleich vorstellen koenne: dieser betrag wuerde in aneinandergereichten 10 -s-muenzen drei mal den aequator umspannen. umgelegt auf betten bedeutet es, dass im akh ein spitalsbett 17 millionen kosten wird, waehrend im internationalen vergleich ein spitalsbett 1 bis 5 millionen kostet. noch nicht behandelt wurden die betriebskosten. eine daumenregel lautet jedoch, dass die jaehrlichen betriebskosten eines spitals etwa 30 prozent der herstellungskosten ausmachen. im akh werden daher 10 milliarden jaehrlich betriebskosten anfallen. ein bett pro tag wuerde damit etwa 8.000 bis 10.000 s kosten. nach meinung von gr. schlick konnte es zu einer derartigen kostenexplosion kommen, weil der technisch-medizinische fortschritt nicht vorausgesehen und eingeplant wurde, weil die nur auf logik aufgebaute planung scheitern musste, wo es besonders auf guten willen und den geist der zusammenarbeit angekommen waere, weil einzelinteressen oefters vor gemeininteressen gestellt wurden, weil ein fuehrungsstil entstand, bei dem einzelne ''kaiser'' selbstherrliche entscheidungen ueber die koepfe der experten hinwegtrafen. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (20):

akh-debatte (forts.)

31 wien, 28.3. (rk) wenn ueber das akh geschichte und nicht geschichten geschrieben werden, dann wird vielleicht stehen, dass das akh waehrend des baues nicht unumstritten war, aber nicht mehr, erklarte gr. p o e d e r , (spoe). aussprueche wie "spitals-monster" von dr. wiesinger oder "internationale peinlichkeit" von dr. koenig sind wahrlich kein ruhmesblatt und werden nicht in die geschichte eingehen. vielmehr wird man nach jahrzehnten darueber berichten, dass zehntausende aerzte ausgebildet wurden und viele, viele menschen heilung fanden. auch vergleiche wie "statt des akh koennte man 36.000 einfamilienhaeuser bauen", sind unangebracht. welche absicht verfolgt man mit solchen vergleichen? wir wollen ja ein krankenhaus fuer 2.200 patienten, fuer taeglich 7.000 ambulante patienten und fuer 4.000 studenten bauen. das akh wird eine staette fuer lehre und forschung sein. im akh werden taeglich viele tausende menschen ihren beruf nachgehen. man muss sich wiederum fragen, welche instinkte die von den oevp-rednern angestellten vergleiche wecken sollen. (sei)

die spoe erweckt den eindruck, als sei das problem akh fuer sie kein problem, stellte vizebuergemeister dr. b u s e k (oevp) fest. es ergaebe sich die frage, ob das kontrollamt nicht mehr das vertrauen der spoe genießt, da offensichtlich nach den rednern der mehrheitspartei etwas falsches in die oeffentlichkeit gelangte. die spoe soll beweisen, dass beim akh optimal geplant, gut gebaut und ausreichend finanziert wurde. haette es jedoch keine anfragen und antraege von seiten der opposition gegeben, so wuesste die rathausmehrheit bis heute nichts von diesen dingen, fuer die sie

sich nie interessierte. ueberlegungen zur reduzierung des baues habe es auch schon frueher bei buergermeister gratz und finanzstadtrat mayr gegeben. die spoe wirft einigen zeitungen diffamierende berichterstattung vor. busek stellte fest, dass auch die kronenzeitung und das spoe-zentralorgan az skandalisieren. die spoe sei selbst urheber der skandalisierung, da sie jede art von information verweigerte. seit september 1976 habe die volkspartei zehnmal aufklaerende berichte urgiert. erst im oktober 1979 sei ein bericht ueber betriebsformen und rechtsform der akpe vorgelegt worden. dass in letzter zeit einiges ueber die akpe zu tage kam, sei das verdienst desjenigen, der den kontrollamtsbericht weitergab. entgegen einer einheitlichen berichterstattung die von affaeren und skandalen spricht, gibt es innerhalb der partei verschiedene aussagen. finanzminister androsch spricht von ''schweinerei'' bautenminister sekanina von einer ''pavillonbauweise die besser waere'', nur gratz und mayr beharren auf ihren standpunkten. die geschichte des akh sei eine geschichte der informationsverweigerung und der politischen versaeumnisse. (ba) (forts.)

1757

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (21):

akh-debatte (forts.)

32 wien, 28.3. (rk) ein deutliches schlaglicht ergab sich bei einer bemerkung im debattenbeitrag von frau stadtrat kubiena, erklarte stadtrat m a y r (spoe): kubiena habe ihm - mayr - vorgeworfen, uninformiert zu sein, weil naemlich herr mayerhofer bei der apag und nicht bei der allplan beschaeftigt sei. mayr stellte klar, dass mayerhofer tatsaechlich bei der allplan, einem privaten unternehmen, beschaeftigt sei.

der von vizebuergemeister busek angestellte vergleich zwischen seinen eigenen feststellungen und den ueberlegungen im jahre 1976, die darauf beruhten, dass die akpe das gesamt-konzept ohne verzoeigerung des baufortschrittes einer ueberpruefung unterzog - ihre ergebnisse wurden vorgelegt und beschlossen - ist unzu-laessig.

mayr stellte fest, dass die ueberpruefung durch das kontrollamt im auftrag des buergemeisters und des finanzministers erfolgte. niemand von uns, betonte mayr, wird leute in schutz nehmen, die fehlhandlungen begangen haben. den beschuldigten ist aber die gelegenheit zu einer stellungnahme zu geben.

ueber die endgueltige einrichtung werden derzeit noch diskussionen mit der medizinischen fakultaet gefuehrt, was selbstverstaendlich ist. deshalb koennen ueber die betriebskosten gegenwaertig nur schaeztungen angestellt werden.

sowohl in der fernsehdiskussion als auch in der heutigen gemeinderatsdebatte hat sich mit aller deutlichkeit gezeigt, dass es keine alternative zum standort des akh und weder damals noch heute eine realistische alternative zur zentralbauweise gibt beziehungsweise gegeben hat. es freue ihn, sagte mayr, dass vizebuergemeister busek heute ein bekenntnis zu einer raschen fertigstellung des akh abgelegt hat.

die aussagen ueber die angebliche kostenexplosion beruhen auf falschen vergleichen.

mayr gab der ueberzeugung ausdruck, dass mit dem akh eine richtige und gute sache realisiert wird. wir werden alles daran setzen, dieses projekt rasch zu verwirklichen, schloss mayr. (ger)
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (22):

akh-debatte (forts)

33 wien, 28.3. (rk) gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp) sagte, es sei nicht die oevp, die skandale mache, sondern es sei die spoe, unter deren schutz die skandale entstehen. die oevp verlange nur die aufklaerung. den auftrag zur kontrolle der vorgaenge um das akh haette die oevp schon 1976 gegeben, wenn es an ihr gelegen waere.

was an der debatte zum akh besonders befremde, sei die tatsache, dass die mandatare ihre informationen aus den zeitungun beziehen muessten. sie verstehe nicht, sagte schaumayer, dass buergermeister gratz den mandataren den kontrollamtsbericht vorenthalte und damit die urteilsbildung den medien ueberlasse. es komme dadurch zu einem puzzlespiel von informationen. ein gesamtbild der affaere koenne wohl nur in einem gerichtsverfahren gewonnen werden.

aus folgenden fakten koenne man sich ein bild machen: die akpe habe, anstatt selbst taetig zu sein, zahlreiche auftraege ausser haus vergeben.

der aufsichtsrat habe den unverstaendlichen beschluss eines honorars von 932 millionen fuer die apak gefasst.

die freihaendige auftragsvergabe sei in der akpe system.

die akpe verzichte auf steuerungsfunktionen, so bei der ausserhausgabe des rechnungswesens.

das baugeschehen sei durch die einteilung in zwei bilanzkreise der aufsichtsratspflicht entzogen.

die verantwortung fuer die kostenexplosion beim bau liege bei stadtrat mayr, der die moeglichkeiten der begleitenden kontrolle bisher nicht genuetzt habe. auch stadtrat stacher sei als verantwortlich zu bezeichnen. er koenne sich nicht als unzustaeendig ausreden und keine stellung zu ausstattung, einrichtung und betriebskosten des spitals nehmen. schliesslich treffe auch buergermeister gratz die verantwortung, der er sich nicht mit der rueckforderung von 15.000 s nachtlokalen entziehen koenne.

gr. schaumayer brachte einen beschluss- und resolutionsantrag zur einfuehrung einer begleitenden kontrolle bei planung errichtung und ausstattung des akh und einen weiteren beschlussantrag zur periodischen berichterstattung durch den amtsfuehrenden stadtrat fuer gesundheit und soziales ueber den fortgang der planung und errichtung des akh ein. (gab)

widerspruechlichkeit in ihren vorwuerfen betreffend rechtzeitigiger pruefung des akh durch den rechnungshof war in einer zweiten wortmeldung gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) der oevp vor. die oevp haette im nationalrat die moeglichkeit gehabt einen diesbezuglichen minderheiten-antrag durchzubringen. eine aenderung des finanzierungsschluessels von 50 zu 50 zwischen wien und bund muesste moeglich sein, da sich der bedarf am akh zugunsten der universitaetklinien verschoben hat. das muesste auch bei den kuenftigen betriebskosten beruecksichtigt werden.

gr. marilies f l e m m i n g (oevp) kritisierte, dass stadtrat stacher (spoe) einen oevp-antrag, in dem die periodische berichterstattung ueber den bau- und planungsfortschritt verlangt wurde, damit beantwortete, dass er dafuer nicht zustaeendig sei. im kontrallamtsbericht wird sogar kritisiert, dass das anstaltenamt bei der raum- und funktionsplanung mitwirken haette sollen und koennen. und seit dem 15. november 1979 werden fertige klinikteile vom anstaltenamt verwaltet, stacher sei daher sehr wohl fuer berichterstattung zustaeendig. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (23):

akh-debatte (schluss)

34 wien, 28.3. (rk) das akh wird ein humanes krankenhaus fuer die patienten sein, erklaerte str. univ. prof. dr. s t a c h e r (spoe). in den letzten jahren wurden wesentliche umplanungen getroffen. alle patientenzimmer liegen an der aussenfront und die fenster werden zu oeffnen sein. die medizinische fakultaet hat ein klares bekenntnis zum derzeitigen bau des allgemeinen krankenhauses, abgelegt, und befuerchtet, dass durch die derzeitige diskussion der medizinische fortschritt gefaehrdet werden koennte.

die skandalisierungskampagne verunsichert die patienten und sie leisten den derzeit am akh beschaeftigten und spaeter darin arbeitenden menschen keinen guten dienst. man sollte die polemik schnell einstellen.

im gesundheitsausschuss hat er nie gesagt, er sei beim akh ueberfordert, erklaerte stacher. er wird auskunft ueber den medizinischen bereich, nicht jedoch ueber organisatorische massnahmen und die vergabe von auftraegen geben.

gr. l e h n e r (oevp) verwahrte sich dagegen, dass kritik an der spoe kritik an der stadt sein soll. str. mayr stoeren zwar der nachtlokalbesuch und die flugspesen, nicht jedoch die organisatorischen maengel. gr. Lehner stellte den a n t r a g , ein gesamt-konzept fuer das akh zu erstellen, das folgende offene fragen klaeren soll:

- o erstellung eines genauen terminplanes fuer die moeglichst rasche fertigstellung des baues.
- o klaerung der offenen fragen, betreffend betriebsorganisation, raum- und funktionsprogramm, versorgung, technik, ausstattung, etc.
- o klaerung der offenen fragen der finanzierung und der finanzierbarkeit sowohl der errichtung des akh als auch des betriebes, insbesondere der offenen frage der abdeckung des erhoekten finanzierungsbedarfes, die in den fruehen 80er jahren entstehen werden, sowie die ermittlung der zu erwartenden

betriebskosten und die finanzierung des daraus resultierenden abganges. (sei)

der oevp liege nicht der spitalsbau am herzen, sondern nur die skandalisierung. dies sei aus der debatte wieder klar hervorgegangen, sagte gemeinderat edlinger (spoe). fuer die spoe sei es eine debatte ueber den groessten spitalsbau, ueber einen eckpfeiler in der gesundheitsversorgung der wiener bevoelkerung.

edlinger bedauere, dass der bau erst dann zuegig errichtet werden konnte, als die oevp keine verantwortung mehr fuer die finanzielle seite des projektes zu tragen hatte. die oevp tut so, als habe sie einen skandal entdeckt. die wahrheit ist, dass ein rohbericht des kontrollamtes vorliegt., der vom buergermeister gratz und finanzstadtrat mayr gefordert wurde. in der diskussion der volkspartei wird von "monster", "dschungel", "skandal" gesprochen, die spitalsbezeichnung kommt in der debatte gar nicht vor. die oevp-"katastrophenfrau" schmitz spricht von einem katakombenbau, wo die menschen aufgebahrt und mumifiziert werden. hier zeige sich wieder der anti-wien-komplex der grossen opposition.

keine stadt verfuegt ueber eine derartige kontrolle wie wien. die oevp wuensche jedoch eine politische kontrolle, wie sich auch bei der besetzung des rechnungshofpraesidiums gezeigt habe.

sollten sich verfehlungen beim akh-bau herausstellen, so wird die spoe die konsequenzen ziehen. ohne der moeglichkeiten zur rechtfertigung wird jedoch niemand verurteilt. fuer die oevp sei das akh entbehrlich, fuer die spoe sei es ein existenzieller bau zur optimalen gesundheitsversorgung. (ba)

die spoe befinde sich offenbar in einer panikphase, sagte gr. f u e r s t (oevp). informanten werden beschimpft und kritiker diffamiert. dies sei nicht zum erstenmal so. die spoe produziere einen skandal nach dem anderen. schuldig seien nicht die informanten und kritiker, sondern die verantwortlichen. die oevp-plakatstaender ueber das akh seien ueberklebt worden. dafuer trage die spoe die verantwortung. in der josefstadt seien zwei kandidaten

fuer die bezirksvertretung dabei ertappt und angezeigt worden. wir werden sehen, sagte fuerst, ob der betrag von 50 milliarden zu hoch gegriffen sei. der oevp jedenfalls waere es nur recht, wenn dies der fall waere. aufgrund bisheriger erfahrungen sei es aber eine klare sache, dass der hoehere betrag zutreffe. die spoe solle fuer sauberkeit sorgen, schloss fuerst.

die a n t r a e g e der oevp auf abberufung der akpe-direktoren sowie auf abberufung von akpe-aufsichtsraeten, die von der stadt wien delegiert wurden, wurden mit den stimmen der spoe abgelehnt. der fpoe-antrag und die uebrigen oevp-antraege wurden zugewiesen. (ger) (forts.)

2018

wiener gemeinderat (24):

spitalsdebatte

35 wien, 28.3. (rk) in der debatte zur mitteilung ueber die entwicklung der krankenanstalten stellte gr. gabrielle t r a x l e r (spoe) fest, es sei symptomatisch, dass die oevp zwar sehr viel zur skandalisierung des akh zu sagen habe, aber nichts zur positiven entwicklung im krankenanstaltenwesen. damit beachte die oevp wichtige fakten nicht: so wurden in den letzten jahren massnahmen gesetzt, um die zahl der praktischen aerzte zu vergroessern. die zahl der ambulanzuntersuchungen ist in den letzten fuenf jahren um 47 prozent gesteigert worden. ein bettenreservierungssystem wurde geschaffen. die anzahl der rettungseinsaetze ist gestiegen und liegt derzeit bei 1.400 am tag. die verweildauer in den spitaelern wurde von 14,9 auf 13,2 tage herabgesetzt. untersuchungen haben ergeben, dass die patienten in den spitaelern in den letzten jahren zufriedener sind als frueher.

dies alles, sagte traxler, seien die wesentlichen dinge, mit denen sich die spoe befasse. die von der oevp aufgeschaukelten probleme aber werde die spoe ins rechte licht ruecken. im uebrigen sei in zukunft dafuer zu sorgen, dass der rohbereich des kontrollamts nicht mehr durch dunkle kanaele an die oeffentlichkeit komme, bevor die mandatare den bericht haben.

die sozialisten, so traxler, wollen das akh mit den bestmoeglichen einrichtungen fuer die patienten und sie freuen sich ueber fortschritte beim medizinischen zielplan ebenso wie ueber die fortschritte beim sozialmedizinischen zentrum ost. abschliessend sprach gr. traxler den dank der sozialisten an stadtrat stacher fuer seine leistungen fuer das wiener gesundheitswesen aus. (gab) (forts.)

2025

wiener gemeinderat (25):

spitalsdebatte (schluss)

36 wien, 28.3. (rk) es steht ausser diskussion, dass sich im gesundheitswesen in den letzten jahren einiges zum guten gewendet hat, erklarte gr. Lehner (oevp) und betonte, dass die oevp seit 1945 gerade im gesundheitswesen verantwortung und initiative gehabt hat. die oevp begruesst die schaffung von kleinen patientenzimmern in den krankenhaeusern. bereits vor zehn jahren hat str. dr. goller in dieser beziehung ein umdenken und zimmer fuer maximal drei oder fuenf patienten verlangt. dennoch ist einige kritik anzubringen: fuer bestimmte operationen gibt es sehr lange wartezeiten, noch immer besteht ein grosser bettenmangel, vor allem in der orthopaedie. der bettenmangel in den spitaelern geht ausschliesslich darauf zurueck, dass es zu wenig pflegebetten gibt. umso bedauerlicher ist es, dass vom bau des pflegeheimes sued nicht mehr gesprochen wird. die verkuerzung der verweildauer im spital ist zu begruessen, aber auch problematisch fuer jene patienten, die zu hause ohne pflege sind. bei der rigorosen entlassung sollte man daher korrigierend eingreifen. beim bau des krankenhauses ost wurden die finanziellen mittel sehr gebremst, so dass heute wieder ein engpass mit psychiatrischen betten eingetreten ist.

gegen den von vizebuergemeister dr. busek erhobenen vorwurf des lippenbekenntnisses wandte sich gr. windhab (spoe): die gesundheits- und sozialpolitik haben die sozialisten immer sehr ernst genommen. es ist aber der grundsatz einzuhalten: mit einem maximum an wirtschaftlichkeit ein maximum an gesundheit zu erreichen. eine voraussetzung dafuer ist der zielplan von gesundheitsstadtrat dr. stacher.

wenn es bei bestimmten operationen lange wartezeiten gibt, so ist das sicher nicht erfreulich, aber diese operationen sind erst durch den fortschritt der wissenschaft ermoglicht worden und hat es frueher nicht gegeben. was die kuerzere verweildauer betrifft: in wien wird niemand aus dem spital entlassen, solange er einer behandlung bedarf. hingegen wurde durch den zielplan ein grosser teil der sozialarbeit in die spitaeler gebracht: so werden 28 prozent aller heimhilfestunden bereits von den sozialarbeitern im spital vermittelt. die verkuerzung der verweildauer um 1,7 tage pro spitalsaufenthalt ergibt bei 380.000 verpflegstagen, dass im jahr um 600 millionen schilling sparsamer gewirtschaftet wird.

es ist zu hoffen, dass durch das im aufbau befindliche kuratorium psycho-sozialer dienste auch auf dem gebiet der psychiatrischen betreuung eine wandlung erfolgen wird. schliesslich moege man nicht uebersehen, dass neben den finanziellen mitteln fuer das akh jahr fuer jahr rund eine halbe milliarde schilling im spitalswesen wiens investiert wird. (smo)

man wuerde sich viele einweisungen in die spitaeler ersparen, wenn man mehr plaetze in den pensionisten- oder pflegeheimen haette, erklarte stadtraetin dr. gertrude k u b i e n a (oevp). bei der gesundenuntersuchung ist es nicht gelungen, mehr leute fuer diese einrichtungen zu interessieren. die altersheime sollten in geriatriische krankenhaeuser umgewandelt werden.

in den letzten jahren wurden sehr viele pensionistenheime gebaut, erklarte stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe). jaehrlich werden zwei neue angefangen. in den spitaelern ist das zentrale problem das personalproblem. derzeit sind allein beim pflegepersonal 400 stellen unbesetzt. daher wird es auch heuer im sommer zu schwierigkeiten kommen. natuerlich kann man im gesundheitswesen nicht mit allem zufrieden sein, denn das waere ja das ende jedes fortschrittes, erklarte stacher abschliessend.

nach fast elfstuendigen beratungen wurde die ausserordentliche sitzung des wiener gemeinderates um 19.40 uhr geschlossen. (sei)
(schluss)

++++

-- ende des sitzungsberichtes --